

Programm der österreichischen Regierung zum EU-Ratsvorsitz: „Ein Europa das schützt“ – Zusammenfassung und Einschätzung

A) ZUSAMMENFASSUNG DES PROGRAMMS

ALLGEMEINE SCHWERPUNKTE

- 1. Sicherheit und Kampf gegen illegale Migration:**
 - Reform des europäischen Asylsystems
 - Verstärkung von FRONTEX
 - Bessere Zusammenarbeit mit Drittstaaten
 - Intensiverer Austausch der Sicherheitsbehörden
- 2. Sicherung des Wohlstandes und der Wettbewerbsfähigkeit durch Digitalisierung:**
 - Vermeidung von Überregulierung
 - Öffentliche Haushalte vor Steuervermeidung und Steuerwettbewerb schützen
- 3. Stabilität in der Nachbarschaft-Heranzuführung des Westbalkans/Südosteuropas an die EU**
- 4. Verhandlungen zum Brexit sowie zum Mehrjährigen Finanzrahmen**

SCHWERPUNKTE DER EINZELNEN RATSFORMATIONEN

- 1) Rat Allgemeine Angelegenheiten – Wir wollen ein starkes Europa, dem unsere Bürgerinnen und Bürger vertrauen:**
 - Abschluss der Brexit-Verhandlungen
 - Fortführung der Beratungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020
 - Fokus auf Subsidiarität: „Weniger aber effizienter“
 - Fahrplan für Europäisches Semester 2019
 - Verankerung und Umsetzung der Agenda 2030 Ziele
- 2) Rat Auswertige Angelegenheiten – Die EU als starker globaler Akteur:**
 - Heranzuführung der sechs Westbalkanstaaten
 - Stärkung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
 - Effektiver, regelbasierter Multilateralismus – Intensivierung internationaler Zusammenarbeit
 - Außenpolitik als wesentliches Instrument um „externe Aspekte der Migration“ anzugehen
 - EU-Russland-Beziehungen intensivieren
 - Entwicklungszusammenarbeit – Perspektiven in Herkunftsländern schaffen
 - Aktive, effektive und transparente EU-Handelspolitik
- 3) Rat Wirtschaft und Finanzen – Ein gestärkter, stabiler Euroraum und ein faires, wirksames Steuersystem:**
 - Vollendung der Bankenunion und Entwicklung einer Kapitalmarktunion
 - Vertiefung und Stärkung der wirtschaftspolitischen Koordinierung – bessere Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes
 - Öffentliche Haushalte vor schädlichem Steuerwettbewerb, Steuerbetrug oder Steuerhinterziehung zu schützen
 - Gemeinsame Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage sowie die Modernisierung der Mehrwertsteuer
- 4) Rat Justiz und Inneres – Eine Union die Freiheit und Recht schützt:**
 - Folgende Schwerpunkte sollen beim Thema Innere Sicherheit gesetzt werden:
 - Asyl und Migration

- Schutz der Außengrenzen
- Kampf gegen Radikalisierung
- Terrorismus und organisierte Kriminalität
- Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden
- digitale Sicherheit
- Förderung und Schutz europäischer Werte

5) Rat Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz – Eine Union die allen nützt:

- Themenschwerpunkt: Digitalisierung der Arbeit – gemeinsame Spielregeln nötig um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden
- Fokus auf Arbeitsbedingungen sowie auf Sozial- und Arbeitsrecht in Bezug auf plattformbasiertes Arbeiten
- Stärkung und Institutionalisierung des Dialoges zur Geschlechtergleichstellung
- Fokus auf Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

6) Rat Wettbewerbsfähigkeit – Eine Union für Arbeitsplätze, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen
- EU-Regulierungen im Sinne der Subsidiarität hinterfragen, bürokratische Hürden abbauen
- Klein- und Mittelbetriebe sollen besonders in den Vordergrund gerückt werden
- Verwirklichung des digitalen Binnenmarktes

7) Rat Verkehr, Telekommunikation und Energie-Nachhaltige, faire, wettbewerbsfähige und sichere Verkehrssysteme fördern. Sichere Konnektivität und digitale öffentliche Dienste erleichtern. Auf dem Weg zu einer Energieunion:

- Zukunftssichere Regelungen zu Datenschutz
- Beschleunigung der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung
- Verwirklichung der Energieunion
- Umsetzung der Energie- und Klimaziele bei gleichzeitiger Sicherstellung schlanker Prozesse, vereinfachter Berichtspflichten, Wahrung der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit sowie Ausgewogenheit

8) Rat Landwirtschaft und Fischerei-Ernährungssicherheit und Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes gewährleisten:

- Verbesserung der Stellung von landwirtschaftlichen Erzeugern als schwächstes Glied der Kette
- GAP als gemeinsame, strategische Politik abzusichern, die durch die Stärkung des Subsidiaritätsprinzips mehr Flexibilität haben soll

9) Rat Umwelt – Eine Union der Nachhaltigkeit und zukunftsorientierten Klimapolitik

- Förderung gesunder Mobilitäts- und Transportsysteme mit geringen CO₂ Emissionen
- Technische Umsetzung des Pariser Klimaübereinkommens
- Reduktion des CO₂-Ausstoßes
- Debatte über die Verwendung von Einwegplastik

10) Rat Bildung, Jugend, Kultur und Sport – Ein Europa, das (uns) bewegt:

- Zukunft der EU-Bildungsk Kooperation mit dem Ziel zur Schaffung eines europäischen Bildungsraumes
- Verhandlung einer neuen Jugendstrategie

B) GEWERKSCHAFTLICHE EINSCHÄTZUNG

Wenn die österreichische Bundesregierung in ihrem Programm für den EU-Ratsvorsitz von einem „Europa, das schützt“ spricht, meint sie damit erstens Schutz der Grenzen und vor Migration; und zweitens Schützen der Konzerne vor staatlicher Regulierung. Diese Prioritäten gehen an den eigentlichen Herausforderungen für Europa vorbei: Es braucht eine EU, die die ArbeitnehmerInnen schützt.

Darüber hinaus ist das Programm von Stehsätzen geprägt, die kaum konkrete politische Handlungen erkennen lassen. In vielen Bereichen ist nur von der Fortsetzung bereits begonnener Entscheidungsfindungsprozesse die Rede. Politischen Meilensteinen oder Akzente bei der Weiterentwicklung der Europäischen Union sind nicht zu finden. Lediglich VertreterInnen der Industrie werden sich über den Abbau von Standards und den Stillstand bei Fragen rund um ein sozialeres Europa freuen.

„Subsidiarität“ als Synonym für Deregulierung?

„Subsidiarität“ bedeutet, dass Entscheidungen in der EU dort getroffen werden, wo sie am meisten Sinn machen, und ist im EU-Vertrag verankert. Die Regierung bleibt säumig zu erklären, wie sie das Subsidiaritätsprinzip weiterentwickeln möchte. Sie nennt es in Verbindung damit, die EU soll „weniger, aber effizienter“ tun, sich also auf den Binnenmarkt beschränken und keine sozialpolitischen Fragestellungen behandeln. Vor allem ArbeitnehmerInnen werden durch diese einseitige Ausrichtung der EU auch weiterhin benachteiligt sein.

Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der Beschäftigten verhindern!

Im Programm ist ein Bekenntnis zur Weiterentwicklung und Vertiefung des Binnenmarktes sowie zum Abbau bürokratischer Hürden zu lesen. Damit unterstützt die Regierung einen deregulierten europäischen Arbeitsmarkt, der vor allem durch Lohndruck zu Lasten der ArbeitnehmerInnen geht. Sie positioniert sich auch klar gegen die europäische Arbeitsmarktbehörde sowie gegen andere Kontrollmechanismen. Außerdem fehlt ein klares Bekenntnis zu einer offensiven Lohnpolitik, die nachfrageseitig die Wirtschaft ankurbeln würde und die europäische Wettbewerbsfähigkeit dadurch erhöhen könnte.

Steuergerechtigkeit herstellen!

Steuerwettbewerb, Steuerbetrug und Steuerhinterziehung werden im Programm zwar als Problem anerkannt, es fehlen aber klare politische Handlungsanleitungen, um ihnen entgegen zu wirken. Das Ziel einer gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage ist grundsätzlich positiv zu bewerten. Darüber hinaus braucht es aber Mindeststeuersätze für Unternehmen, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer und eine international koordinierte Bekämpfung von Steuerflucht und Steueroasen. Es ist auch anzustreben, die Einstimmigkeit im Rat bei Steuerfragen abzuschaffen, um einen EU-internen Steuerwettbewerb nach unten entgegenzutreten. Das Fehlen dieser Prioritäten der Regierung ist fahrlässig und beraubt Staaten langfristig einer zusätzlichen Steuereinnahmenquelle.

Eine Banken- und Kapitalmarktunion für Spekulanten?

Eine effektive Finanzmarktregulierung, die negativen Auswirkungen von Spekulationsgeschäften auf die Gesamtwirtschaft vorbeugt, ist im Programm nicht in zufriedenstellender Form zu finden. Die Regierung möchte die Entwicklung einer Kapitalmarktunion vorantreiben. Diese ist jedoch, vor allem aufgrund der vorgeschlagenen Finanzierung, kritisch zu betrachten. Eine Ausweitung spekulativer Finanzmarktaktivitäten ist dadurch möglich und aus unserer Sicht eindeutig abzulehnen – jedenfalls so lange, bis entsprechende Regulierungsinstrumente implementiert sind.

Für eine Handelspolitik, von der alle profitieren!

Im Programm zur Ratspräsidentschaft spricht man sich für eine effektive und transparente Handelspolitik aus und erwähnt die negativen Auswirkungen soeben beschlossener Verträge wie CETA nicht. Diese Art von Handelspolitik, die die Konzernprivilegien weiter verfestigt und rechtstaatliche

Demokratien aushöhlt, ist aus gewerkschaftlicher Sicht klar abzulehnen. Eine qualitativ hochwertige Weiterentwicklung des Nachhaltigkeitskapitels von Handelsabkommen ist im Interesse der BürgerInnen – hier muss die österreichische Bundesregierung aktiver sein.

Erweiterungspolitik nur mit sozialer Aufwärtsbewegung!

Die raschen Erweiterungspläne der Bundesregierung sind kritisch zu hinterfragen, denn mit einer lediglich quantitativen Erweiterung, ohne dass die sozialen Standards in diesen Ländern massiv angehoben werden und der soziale Dialog an Bedeutung gewinnt, kann durch den gemeinsamen Wirtschaftsraum der Druck auf den österreichischen Arbeitsmarkt weiter ansteigen. Erweiterungspolitik muss zwar langfristig das Ziel haben, die Balkan-Staaten an die EU heranzuführen, darf aber nicht dazu benützt werden um den Lohndruck zu erhöhen. Voraussetzung für eine EU-Erweiterung sind u.a. funktionierende Instrumente bei der Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping. Mit der Überarbeitung der Entsende-Richtlinie sowie der einzurichtenden Europäischen Arbeitsbehörde gäbe es hier zwei wichtige Initiativen, die während des Ratsvorsitzes behandelt werden. Die Regierung ist hier nicht nur inaktiv, sondern bremst sogar Fortschritt im Bereich Lohn- und Sozialdumping.

C) FÜR EIN EUROPA, DAS DIE ARBEITNEHMERINNEN SCHÜTZT – WEITERE WICHTIGE FORDERUNGEN AUS GEWERKSCHAFTLICHER SICHT

- 1) Das **Soziale Fortschrittsprotokoll** muss im Primärrecht verankert werden und sozialen Grundrechten den Vorrang vorwirtschaftlichen Freiheiten im EU-Binnenmarkt verschaffen
- 2) Lohn- und Sozialdumping im EU-Binnenmarkt muss endlich wirksam bekämpft und beendet werden. Unter anderem kann die **Europäische Arbeitsmarktbeförde** zu einem besonders taglichen Instrument entwickelt werden.
- 3) Europa braucht mehr **Private und Öffentliche Investitionen**, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu sichern und seine Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Um diese zu ermöglichen, braucht es die „Goldene Regel“, um nachhaltige öffentliche Investitionen vom Stabilitätspakt auszunehmen.
- 4) Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen umfassende **Rechte und Schutzstandards für ArbeitnehmerInnen** sicherstellen. Die konsequente und verbindliche **Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte** muss ebenfalls Priorität haben. Das kann nur mit einer starken Sozialpartnerschaft und ausgebauten Mitbestimmungsrechten erreicht werden.
- 5) Die **Struktur des EU-Finanzrahmens muss modernisiert werden**. Sozialpolitische Maßnahmen sowie die Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und insbesondere von Jugendarbeitslosigkeit müssen im Fokus der EU-Budgetpolitik stehen.
- 6) Die EU muss Steuerhinterziehung und Steuerbetrug als gemeinsame Priorität bekämpfen und den Grundsatz anwenden, dass **Gewinne dort besteuert werden müssen, wo sie tatsächlich entstehen**.
- 7) Ein höheres Maß an **Gleichberechtigung** zwischen Männern und Frauen, insbesondere im Bereich der Arbeit muss innerhalb der EU hergestellt werden.
- 8) Die **Brexit-Debatte** darf nicht nur die zukünftigen Handelsbeziehungen zwischen EU und GB gestalten, sie muss auch als **Diskussionsgrundlage über die Zukunft der EU** selbst gelten.
- 9) Ein **digitales Europa** muss von ArbeitnehmerInnen mitgestaltet werden. Es braucht klare Rahmenbedingungen für bedarfsgerechte Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten und zur Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse.
- 10) Es muss ein **Rahmen für Handel geschaffen werden, der auch den ArbeitnehmerInnen nützt** und nicht die rechtsstaatlichen Demokratien der teilnehmenden Länder aushöhlt.